



Donnerstag, den 19. Dezember 1918. Preis: In der Stadt mit Postlohn M. 2.25, außerhalb M. 2.50, im Fernverkehr M. 2.25, Bestellen in M. 2.00, 30 W. B.

Der Reichskongress der A- und S.-Räte in Berlin — Die äußere Lage.

In Berlin streiten die A- und S.-Räte sich immer noch nutzlos herum, und vergessen, wie ein Mitglied selbst zugibt, über dem Reden das Handeln. Das Handeln aber ist sehr schwer durchführbar, weil die verschiedenen Anschauungen nicht unter einen Hut gebracht werden können. Die Berliner wollen die Offiziersabzeichen abschaffen, und überhaupt jegliche Autorität der Offiziere beseitigen. Unliebame Offiziere sollen von den S.-Räten verabschiedet werden. Um diese Fragen wurde stundenlang herumgestritten. Inzwischen veranstaltete Liebknecht wieder eine seiner beliebten Straßenkundgebungen mit ein paar Tausend zusammengetrommelten Arbeitern, die Abordnungen in den Sitzungsaal mit der Drohung schickten, wenn man sie nicht verlasse, würden nächsten Tages 250 000 Arbeiter streiken. Es wurde also zwecks Vermeidung von Störungen ein eigener Empfangsaa für etwaige neu hinzukommende Abordnungen eingeräumt. Und schon kam wieder eine große Abordnung von Arbeitern mit roten Fahnen und Plakaten. Die Abordnung verlangte die gesamte Macht der sozialistischen Regierung in den Händen des Volkzugsrats, die Befestigung des Rats der Volksbeauftragten (Thert und Genossen), Bewaffnung des Proletariats zum Schutz der Revolution. Nachdem noch der Volksbeauftragte Dittmann erklärt hatte, der Berliner Volkzugsrat habe bei den Truppen keine Autorität, wurde der Reichsregierung mit großer Mehrheit das Recht zugesprochen, die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt zu übernehmen. Dieser Beschluß schien der Liebknechtgruppe nicht zu behagen, denn Liebknecht soll erklärt haben, es sei Zeit, dem ganzen Unfug des Rätekongresses ein Ende zu machen. Deswegen wird von Liebknecht und den Spartakusleuten beabsichtigt die Arbeiter heute aus den Betrieben herauszuholen, um gegen den Rätekongress und die Nationalversammlung zu demonstrieren. Man sieht, solche von gewaltsamen Unterbrechungen beeinflusste Sitzungen können wahrhaftig nicht wertvoll sein. Und wenn die Volksbeauftragten noch weiterhin ihren Standpunkt vertreten wollen, so müssen sie von Berlin ihre Regierung fortverlegen.

Wie die Entente über die Räteregierung denkt, das hat sie jetzt klipp und klar zu verstehen gegeben. Weder die Franzosen noch die Engländer anerkennen die A- und S.-Räte, weil sie für ihre eigenen Länder keine Vorgänge schaffen wollen. Es scheint aber doch, daß die französischen Sozialisten sich jetzt aufraffen wollen, gegen die immer toller werdenden Forderungen ihrer Erberungspolitiker, die eine großzügige Propaganda aufzubauen, um Deutschland zu einem Staat dritten Ranges heruntersubridieren. Nicht nur Elsaß-Lothringen, das jetzt mit den brutalsten Mitteln französisiert wird, sondern das ganze linke Rheinufer wollen die Franzosen dauernd behalten, dazu wollen sie, worauf wir schon verschiedentlich verwiesen haben, den Polen unsere wertvollsten Provinzen im Osten, Oberschlesien, Posen und Westpreußen mit Danzig verschachern, um so die Polen dauernd gegen uns verwenden zu können. Mit den deutschösterreichischen Gebieten wird es genau so gemacht. Nicht nur daß die Tschechen mit Erlaubnis der Entente deutschböhmisches Gebiet besetzen, die Südslawen niederösterreichische, die Italiener deutsche Gebiete Südtirols, man will die Deutschösterreicher dadurch vom Abschluß an Deutschland abhalten, daß man einen Wirtschaftsboykott gegen Deutschland in der Schweiz inszeniert, der zum Zweck haben soll, nur soviel Rohstoffe an Deutschland zu liefern, als wir für den Innenmarkt brauchen. Es ist klar, daß wir auf diese Weise als Industrieausfuhrland zu existieren aufhören müssen und daß wir dann nicht mehr in der Lage sein werden, unsere gesamte Bevölkerung namentlich aber die Arbeiterschaft zu beschäftigen, wodurch wieder unerträglich die großen Auswanderungen kommen würden, die wir in unserm Volksinteresse vermeiden sollten. Wie sich alle diese Forderungen mit dem Programm Wilsons vereinbaren lassen, das müssen uns diejenigen erklären, die bisher als Schwind-

ler den Weltruhm aller Zeiten sich erworben haben. Die Alliierten haben außer diesen zweifellos den Stempel ihrer berühmten Verjöhnlichkeit tragenden Absichten noch dem Präsidenten eine Schadensersatzsumme von 280 Milliarden Franken präferiert. Also man muß sagen, sie wissen was sie wollen. Bei uns aber streitet man um Offiziersabzeichen, wo der größte Militarismus, der je die Welt beherrscht hat, dazu benützt wird, ein 75 Millionen Volk zu verkläven. O. S.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Ablehnung der A- und S.-Räte durch die Entente. Berlin, 18. Dez. Gegenüber vereinzelt laut gewordenen Zweifeln ob der bekannt gewordenen ablehnenden Stellungnahme der Entente gegenüber den A- und S.-Räten geben wir in Folgendem eine Darstellung des Sachverhalts: Am 12. ds. Mts. traf in Trier bei der deutschen Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm ein: Staatssekretär Erzberger, deutsche Waffenstillstandskommission: A- und S.-Rat Kreuznach fragt, ob für das feindlicherseits besetzte bezw. in diesen Tagen zu besetzende Gebiet die ungehinderte Ausreise- und Rückkehrsmöglichkeit für die zu der am 16. Dezember in Berlin stattfindenden Tagung der A- und S.-Räte zu entsendenden Delegierten gewährleistet ist. Direkte aufklärende Nachricht erwünscht. Auswärtiges Amt. In Anbetracht der hohen Bedeutung dieser Anfrage beauftragte der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission Staatssekretär Erzberger ein Mitglied der Kommission sich sofort mit dem D. R. der Alliierten in Trier ins Benehmen zu setzen, um eine Entscheidung in der wichtigen Frage umgehend herbeizuführen. Es fand eine Besprechung zwischen dem deutschen Herrn und einem Vertreter des alliierten D. R. statt, als deren Ergebnis Staatssekretär Erzberger mitteilte, daß die Entente unter keinen Umständen die A- und S.-Räte anerkenne. Staatssekretär Erzberger fragt an, ob der Bescheid, wie er im Telegramm vorlag, tatsächlich der Auffassung des Marschalls Foch und somit der Alliierten entspreche. Marschall Foch wurde das Telegramm deutsch und in französischer Uebersetzung vorgelegt. Schon bei der Kenntnisnahme des ersten die Anfrage des A- und S.-Rats in Kreuznach wiedergebenden Satzes gab Marschall Foch seine ablehnende Stellung zu erkennen. Zu dem Passus der Nichtanerkennung der A- und S.-Räte durch die Entente erklärte er ausdrücklich, daß dieser Bescheid seines Vertreters völlig seiner und der Alliierten Auffassung entspreche. Der englische Admiral Wenß gab seinerseits sofort die Uebereinstimmung mit Foch durch die Bemerkung „accord“ Ausdruck. Damit war eine völlig kompetente Antwort in der Angelegenheit vorliegend. Konnte die Ablehnung der A- und S.-Räte in Kiel durch den englischen Admiral allenfalls noch als eine Privatmeinung desselben betrachtet werden, so steht jetzt fest, daß die Entente als solche die A- und S.-Räte nicht anerkennt.

Die angeblichen Vorschläge der amerikanischen Friedensdelegierten.

(W.B.) London, 18. Dez. (Reuter.) „Daily News“ schreiben: Die grundlegenden Argumente der amerikanischen Delegation in Paris werden folgende sein: 1. Der Völkerbund muß ein Teil des Friedensvertrags darstellen. 2. Freiheit der Meere muß eines der hauptsächlichsten Indizien des Friedens sein, das festgesetzt werden muß, damit Amerika nicht eine Flotte bauen muß, die groß genug ist, um Sicherheit gegen jedes willkürliche Vorgehen durch das eine oder andere Volk zu schaffen. 3. Die Ansprüche, die an Deutschland gestellt werden sollen, müssen festgesetzt werden, und es muß bestimmt werden, inwieweit und auf welche Weise Deutschland bezahlen kann und muß. 4. Die Präliminarfriedensverhandlungen können vertraulich sein; aber die endlichen Beschlüsse der Konferenz müssen öffentlich gefaßt werden. 5. Alle Friedensdelegierten müssen als Vertreter einer neuen Welt, nicht als deren Beherrscher zusammen kom-

men. Jede andere Handlung würde einen Frieden bedeuten, der Haß hinterlassen und dem bald wieder neue Kriege entspringen könnten. — Wie verlautet, sind die amerikanischen Delegierten dafür, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, wenn auch unter der Bedingung einer Probezeit. Es wird ferner von einem schon fertig ausgearbeiteten Programm Lloyd George, Clemenceaus und Orlando gesprochen; aber man nimmt an, daß ihre Verabredungen nur vorläufigen Charakter tragen und bezwecken, eine feste Grundlage für die Beratungen zu schaffen. Wie verlautet, behandeln diese Verabredungen u. a. auch die Frage der Schadenergütung.

Französisch-angelsächsische Völkerbundsgedanken.

(W.B.) Bern, 17. Okt. Die französische Presse befaßt sich mit dem zwischen Poincare und Wilson gewechselten Trinksprüchen und hebt übereinstimmend, wie Havas schon mitteilte, hervor, daß die amerikanisch-französische Einigkeit fester als je geschmiedet sei und völlige Uebereinstimmung zwischen Wilson und Poincare herrsche. Der „Temps“ bemerkt, nach Wilsons und Poincares Ansichten könne eine Liga der Nationen nur in zwei Stufen gestellt werden. Zuerst müßten die Ententeländer und die Vereinigten Staaten die Festigkeit der freundschaftlichen Beziehungen und die Garantien gegen neue Kriege herbeiführen. Dann erst würde man Deutschland mitteilen können, in welcher Weise es in die Liga der Nationen aufgenommen werden könne. Es werde das in erster Linie von den Deutschen selbst abhängen. Sie müßten beweisen, daß sie die neue Weltordnung aufrichtig annehmen. Bisher sei es nicht gestattet, einen einseitigen Ausgangspunkt zu stellen. „Journal des Debats“ erklärt unter gewissen Einschränkungen der Zustimmung zu Wilsons Friedenspolitik, daß Wilson von Frankreich eine Sicherstellung des Dauerfriedens wünsche. Die „Humanité“ hebt hervor, daß zwischen den beiden Trinksprüchen ein großer Unterschied bestehe. Während Poincare von der Liga der Nationen unter Vermeidung des Aussprechens des Wortes selbst nur vorübergehend sprach und erklärte, daß die künftige Allianz der Nationen ausschließlich die kriegführenden Mächte der Entente umfassen müsse, im übrigen auch sagte, daß dieser Krieg seiner Ansicht nach der letzte sei, war Wilsons Antwort über diesen Kardinalpunkt klar und fest. Wilson habe daran erinnert, daß der Krieg gewonnen werden mußte, damit der künftige Weltfrieden gesichert sei, daß außerdem eine Grundlage für die Arbeit und das Glück der zahlreichen Völker und Nationen, die am Kriege teilgenommen haben, gelegt werden müsse, welche nach dem Sturz des Absolutismus und des Militarismus an einen dauernden Frieden mitzuarbeiten berufen sein würden.

Wilson's Rolle bei den Friedensverhandlungen.

Oberst House, der Vertraute des amerikan. Präsidenten und Amerikas Bevollmächtigter in Europa, nimmt noch einmal Gelegenheit, über die voraussichtliche Rolle Wilsons bei der Neuordnung in Europa zu sprechen. Nichts liegt dem Präsidenten Wilson ferner, sagte er, als die Rolle eines Diktators in dem europäischen Frieden spielen zu wollen. Wilsons Programm besteht darin, die amerikanische Stimme durch seinen Einfluß den liberalen völkerbundsfreundlichen Strömungen innerhalb der Entente zur Verfügung zu stellen. Daß in London und Paris radikale und imperialistische Tendenz im Kampfe liegt, ist kein Geheimnis. Wir hoffen, daß unsere militärische Macht genügen wird, um der Bernunft die Oberhand zu sichern. Die Gerüchte, daß die Länder in Besprechungen der letzten Tage einen englisch-französisch-italienischen Block gegen Wilson zustande gebracht hätten, erscheinen mir vollständig aus der Luft gegriffen. Amerika würde an einem Gewaltfrieden im alten Stil, etwa in der Form des Friedens von Brest-Litowsk, nicht teilnehmen, Amerika würde ihn nicht unterzeichnen und einen moralischen Protest erheben, und der Liberalismus der ganzen Welt würde sich einem solchen Protest anschließen.

Die Belgier verlangen Luxemburg.

(W.B.) Brüssel, 17. Dez. Havas-Reuter. Der Senat hat die Antwortadresse auf die Thronrede ein-

stimmig angenommen. Der Sozialist Loken erklärte sich gegen die Stelle, in welcher das Großherzogtum Luxemburg für Belgien verlangt wird. Er sagte, man müsse die Initiative für diesen Beschluß den Luxemburgern überlassen.

#### Wie Frankreich die rheinische Industrie vernichtet.

(W.B.) Spa, 17. Dez. Der Vorsitzende der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien, der an den Verhandlungen der Wirtschaftskommission in Spa teilnimmt, berichtet: Die Franzosen treffen Maßnahmen und stellen Forderungen, die für das Wirtschaftsleben der im besetzten rechtsrheinischen Industriegebiet verhängnisvoll werden müssen. Der Verkehr ist von ihnen insoweit gesperrt, daß Rohstoffe und Waren wohl von der rechten nach der linken Rheinseite, nicht aber umgekehrt befördert werden dürfen. Die rechtsrheinische Industrie muß, wenn sie arbeiten will, Erze und Stahl aus Lothringen und von der Saar und Braunkohle und Braunkohlenbriketts aus dem linksrheinischen Gebiet haben. Dafür liefert sie neben anderem wichtigen Material Koks und Manganerze. Gesperrt ist auch die Zufuhr der Saarkohle nach Süddeutschland. Infolgedessen werden in wenigen Tagen die Gasfabriken den Betrieb einstellen müssen. Trotzdem fordert der Delegierte des Marschalls Koch die Lieferung von Koks, Kohle und Manganerzen in Mengen, die eine Förderung voraussetzen, wie sie bei größten Leistungen üblich ist. Angenommen, diese Forderung könnte und würde erfüllt werden, die Folge wäre eine Überproduktion an Roheisen und Stahl. Weder die besetzten Gebiete, noch Frankreich vermögen diese Produktionsmenge aufzunehmen. Einschränkungen oder Stilllegungen der Betriebe müßten eintreten. Zehntausende von Arbeitern kämen hier zur Entlassung. Das Gleiche droht dem rechtsrheinischen Industriegebiet, wenn die Zufuhr von Erzen und Stahl, Braunkohle und Braunkohlenbriketts fernerhin unterbunden wird. Da weder aus militärischen noch aus politischen Gründen diese Maßnahmen und Forderungen gerechtfertigt und da sie im Waffenstillstandsvertrag nicht begründet sind, so wird ohne sachlichen Grund die Industrie und besonders die Arbeiterschaft sowohl im rechtsrheinischen Gebiet, als auch an der Saar und in Elsaß-Lothringen, aber auch in Frankreich aufs schwerste geschädigt. Die Folgen einer derartigen Arbeitslosigkeit in der gegenwärtig bewegten Zeit in einem wirtschaftlich zusammenhängenden Gebiete sind nicht abzusehen. Die Arbeiterschaft Deutschlands wie auch Frankreichs hat das dringendste Interesse daran, zu verhindern, daß solche Zustände eintreten. Die einseitigen, nur scheinbar den Interessen der Industrie in den besetzten Gebieten dienenden Forderungen der Franzosen könnten von der deutschen Delegation nicht erfüllt werden. Die Vereinbarungen müssen auf breiterer Basis unter Erfassung aller in Betracht kommenden wirtschaftlichen Fragen getroffen werden. Nach meiner festen Überzeugung werden die wirtschaftlichen Folgen für die besetzten Gebiete und Frankreich schneller eintreten und verhängnisvoller sein, als für das rechtsrheinische Industriegebiet. Deswegen hoffe ich, daß es bald zu neuen Verhandlungen kommt und eine Vereinbarung getroffen wird, die beiden Seiten dienlich ist.

#### Betätigung der französischen „Zivilisation“ im Elsaß.

Müllheim (Baden), 18. Dez. Im Laufe des gestrigen Nachmittags kamen über die Rheinbrücke bei Neuenburg etwa 50 Familien, insgesamt gegen 200 Köpfe aus dem Elsaß an. Es handelte sich um Beamte und Altdeutsche aus Müllhausen im Elsaß, die mit nur 30 Kilogramm Gepäck ihren Wohnort verlassen mußten. Auf dem Abtransport wurden sie von der Zivilbevölkerung verhöhnt und mit Steinen beworfen. Die Behandlung war die denkbar schlechteste. Die Ausgewiesenen wurden in Müllheim und Umgebung vorläufig untergebracht. Eine Kommission mit Regierungsrat Keller und Bürgermeister Wis-Neuenburg an der Spitze, sorgt für Rat und Unterkunft. Weitere Transporte von Ausgewiesenen sollen folgen.

#### Was die Franzosen fordern.

(W.B.) Bern, 17. Dezbr. Wie die „Humanité“ vom 13. d. Mts. mitteilt, erkennen die französischen Sozialisten ebenfalls die Aeußerung des Volkswillens für Elsaß-Lothringen als Plebiszit an. „Rappel“ vom 12. Dez. hofft, Wilson davon überzeugen zu können, daß die Mehrzahl der Franzosen als einziges Mittel gegen neue Angriffe Deutschlands das linke Rheinufer als Grenze ansieht. „Celaire“ vom 12. schreibt, Frankreich müsse die Forderung Polens auf den Besitz von Polen und Oberschlesien beim Friedenskongress unterstützen, damit das Verpflegungssystem und die Kohlenversorgung Norddeutschlands unter die Kontrolle der Alliierten gestellt werden und die Grenze näher an Berlin heranrücke. Schließlich fordert „Rappel“ vom 13. Dez., daß deutsche Arbeiter Frankreich wiederherstellen und daß Rohstoffe, Maschinen usw. gratis geliefert werden müßten. Von Sklaverei sei nicht die Rede.

#### Frankreich und die Elsaß-Lothringer.

(W.B.) Berlin, 17. Dez. Die französische Presse hat in ihrem Triumph über die Ergebniskundgebung des Elsaß-Lothringischen Landtages für Frankreich vermieden, den zweiten Satz näher zu interpretieren, in dem es heißt:

#### Ämtliche Bekanntmachungen.

##### Verfügung des Ernährungsministeriums über Bucheln.

1. Die Verfügung der Ministerien des Innern und der Finanzen über Bucheln vom 24. September 1918 (Staatsanz. Nr. 226) wird folgendermaßen ergänzt und geändert:

1. § 6 Abs. 2 erhält den Zusatz: „Für kleinere Mengen Bucheln bis zum Höchstbetrag von 60 Pfund darf der Schlagschein erteilt werden, wenn die Bescheinigung beigebracht wird, daß der Nachsuchende eine Menge Bucheln für öffentliche Zwecke abgeliefert hat, die mindestens einem Viertel der Menge gleichkommt, für welche der Schlagschein beantragt ist.“

2. § 7 Abs. 1 Satz 2 erhält die Fassung: „In diesem Fall sind die Bucheln, deren Verarbeitung gewünscht wird, mit der Bescheinigung über die Ablieferung der nach § 6 Abs. 2 für öffentliche Zwecke abzugebenden Menge dem Ortsvorsteher oder der von ihm bezeichneten Stelle zu übergeben.“

2. Gegenwärtige Verfügung tritt mit dem Tag ihrer Verkündung in Kraft.

Stuttgart, den 6. Dezember 1918. Baumann.

Die Herren Ortsvorsteher der in Betracht kommenden Gemeinden werden beauftragt, Vorstehendes ortsüblich bekanntzugeben zu lassen.

Calw, den 10. Dezember 1918. Oberamtmann Gös.

##### Württemberg. Höhere Maschinenbauerschule in Eßlingen a. N. Wiedereröffnung.

Der Unterricht an unserer Schule soll sobald als möglich wieder aufgenommen werden, und zwar in allen Klassen. Anmeldungen sind möglichst sofort einzureichen, damit ein Ueberblick über die zu erwartende Schülerzahl gewonnen werden kann. Neueintretende Schüler wollen dem Aufnahmegeßuch einen Lebenslauf und ihre Zeugnisse beifügen. Bei früheren Schülern genügt die Angabe der zuletzt besuchten Klasse. Bekanntgabe des Schulbeginns erfolgt möglichst bald.

Eßlingen, den 20. Nov. 1918.

Berlenhoff.

„Unsere Provinz wird stolz darauf sein, ihrem wiedergefundenen Mutterlande mit dem Schuß ihrer Ueberlieferungen, ihrer Ideale und ihrer wirtschaftlichen Interessen, die ihnen feierlichst durch die Befehlshaber der siegreichen Armee gewährleistet wurden, eine neue Aera der Freiheit, des Gedeihens und des Glücks zu verdanken.“ Dieser „geistige Vorbehalt“, der nach der Straßburger Presse rückhaltlos und ohne Hintergedanken ist, ist das Ergebnis eines Kompromisses. Einzelne Mitglieder des Landtags hatten noch „viel, vielmehr“ (Autonomie unter Frankreichs Protektorat) verlangt. Ihrer „Hartnäckigkeit“ kam man durch dieses Kompromiß entgegen. Also selbst im gereinigten und umgestalteten „Nationalrat“ fanden sich Männer, „der Vorbehalte und weitgehender Forderungen“. Die Mehrheit des Volkes hat aber noch viel weitergehendere „Hintergedanken“. Sie fordert das „Selbstbestimmungsrecht und Autonomie unter dem Protektorat des Völkerverbundes“.

#### Energische Sprache der französischen Sozialistenpresse.

Berlin, 19. Dez. Die Pariser „Humanité“ fordert die sozialistische Partei in Frankreich zur Einigkeit auf. Entweder bilde sich eine Revolutionsbewegung außerhalb der Partei, oder sie werde durch die Partei geleitet. Es sei möglich, daß soziale oder politische Ereignisse von außerordentlicher Schwere die Partei zwingen, an die revolutionäre Energie des Proletariats zu appellieren.

#### Bermischte Nachrichten.

##### Unruhen in Bulgarien.

Berlin, 19. Dez. Aus Bulgarien sind, dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge, in den letzten Tagen sehr beunruhigende Nachrichten eingetroffen. Im ganzen Lande herrscht Hungersnot. Hungerrevolten sind an der Tagesordnung. In Sofia kam es zu blutigen Zusammenstößen. Auch bolschewistische Umtriebe sind zu verzeichnen, König Boris drohte mit der Abdankung.

##### Rumänien im alten Fahrwasser.

(W.B.) London, 19. Dez. Reuter erfährt, daß nach einer Bukarester Meldung Bratianu mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt wurde, in der er das Portefeuille für Auswärtiges erhält und in die auch Take Ionescu eintreten werde.

##### Finnische Dankbarkeit.

Helsingfors, 18. Dez. Anlässlich der Abreise der letzten deutschen Truppen heben alle Blätter die große Dankbarkeit Finlands für Deutschland hervor. Svenska schreibt, daß Finlands Freiheit vor allem die Frucht von Russlands Niederwerfung durch Deutschland sei.

##### Die Zustände in Petersburg.

\* In Petersburg werden die Leute zu Tausenden wahnsinnig und gehen an Entkräftung zugrunde. Jeden Tag werden Hunderte von Leuten begraben. Die Stadt entvölkert sich rasch. Die Zahl der Bewohner von Petersburg beträgt kaum noch 500 000. Die Hälfte

aller Wohnungen ist von den „Roten“ und deren Familien in Beschlag genommen. Gasthöfe und Geschäftshäuser sind geschlossen. Angesichts der Gerüchte über das Eingreifen der Entente hat die Bolschewiki eine tolle Verfolgungsfucht gegen die überlebenden Bürger erfaßt. Diese verhungern von Tag zu Tag, da sie überdies von der öffentlichen Speisung ausgeschlossen sind. Es gibt kaum noch eine bürgerliche Wohnung, in der nicht alles geraubt worden wäre. Zahlreiche Persönlichkeiten mit bekannten Namen, darunter der berühmte Schriftsteller Kalskowski, wurden in den letzten Tagen erschossen oder dem Hungertode preisgegeben.

#### England führt keine Kohlen aus.

Kopenhagen, 18. Dez. Dänische Kohlenimporteure erhielten aus England die Mitteilung, daß die gesamte Ausfuhr von Kohlen und Koks aus England nach Dänemark verboten sei, da der heimische Markt für die gesamte Produktion Verwendung habe. Die Kohlenverschiffung von England nach Schweden und Holland wurde bereits vor einigen Tagen eingestellt.

#### Spanien knickt vor der Entente zusammen.

Berlin, 18. Dez. Die spanische Regierung hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß der Botschafter Prinz Ratibor, Legationssekretär von Stohrer, Militärattache Major Kalle, Militärattache Kapitänleutnant Stefan u. Marineintendanturrat Grimm nicht mehr persona grata seien. Prinz Ratibor und die genannten Mitglieder der deutschen Botschaft werden demnächst ihre Rückreise nach Deutschland antreten. Als Geschäftsträger bleibt der 1. Sekretär der Botschaft, Botschaftsrat Graf Bassowitz in Madrid.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß das Kabinett des Grafen Romanones sich von der Entente zu diesem Schritt hat drängen lassen, nachdem alle vorhergegangenen Regierungen Spaniens während der 4 Jahre des Weltkrieges in stolzer Unabhängigkeitsbewußtheit eine unparteiliche Neutralität zu erhalten verstanden haben.

#### Romanones der Ententefreund.

Madrid, 19. Dez. (Reuter.) Romanones ist gestern Abend nach Paris abgereift.

#### Deutschland.

##### Die Frage der Unterstützung der Revolution durch die Russen.

(W.B.) Berlin, 19. Dez. In Kopenhagen traf eine Meldung aus Rußland ein, die die Antwort Jaffes auf die Erklärungen Barth und Haase in der Waffenangelegenheit enthält und die Diskussion in scharfer Weise fortsetzt. Jaffe behandelt Barth und Haase sehr von oben herab und nennt sehr hohe Summen, die er für die deutsche Revolution gestellt habe. — Der „Vorwärts“ meint, der offensichtliche Zweck der neuen Intrigue Jaffes sei, die Reichsleitung durch schwerste Kompromittierung ihrer realen Mitglieder, die persönlich unmöglich gemacht werden sollten, zu sprengen.

##### Warum der preussische Kriegsminister geht.

(W.B.) Berlin, 18. Dez. Kriegsminister Scheuch erklärte einem Vertreter der „Nat.-Ztg.“ über seinen Rücktritt: Maßgebend waren für mich die unaufhörlichen Verleumdungen und Herabsetzungen des Offizierskorps. Die Sache fing am 9. Nov. in Berlin an. Damals wurde berichtet, Offiziere hätten sich im Marsall, im Schloß, im Cafe „Victoria“ und bei Ußinger verschanzt und auf das Volk geschossen. Kein Wort davon ist wahr. Ich habe die gegen die Offiziere erhobenen Beschuldigungen bis zum heutigen Tag angeäußert. Die von mir erteilten Befehle sind natürlich von Herrn Göhre gegengezeichnet worden, nicht bis nach unten, da unverantwortlich. Stellen und Personen ihre Ausfuhrung zu verhindern wüßten. Ferner wurde in der vorigen Woche ein mir direkt unterstellter Offizier, ohne daß mir vorher irgend welche Mitteilung gemacht wurde, verhaftet. Trotz meines mehrmaligen Einspruchs blieb er, obwohl seine Schuldlosigkeit beweislich ist, fünf Tage in Haft. Ich ernannte einen Kommandeur für Potsdam, und zwar die für diese Stellung geeignete Person. Der genannte Offizier konnte sein Amt nicht antreten, da ein Soldat des Potsdamer A. u. S.-Kats erklärte, er sei Kommandeur von Potsdam. Mit Herrn Göhre bin ich stets gut ausgekommen, auch haben zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und mir niemals persönliche Differenzen bestanden.

##### Belgische Rohheiten. — Heimkehr unserer Truppen.

(W.B.) Berlin, 17. Dez. Beim Abzug unserer Truppen aus Antwerpen mußten dort 1500 deutsche Verwundete und Kranke in Lazaretten zurückgelassen werden. Diese werden, wie einer der Unglücklichen mitteilt, von den Belgiern als Kriegsgefangene erklärt und in die Gefangenlager geschickt. Trotzdem ihnen das belgische Rote Kreuz schriftlich versichert hatte, daß sie unter seinem Schutze ständen und nicht als Gefangene betrachtet würden, erklärt jetzt der Befehlshaber der 2. belgischen Division, daß sie der militärischen Gewalt unterständen. Das Versprechen des belg. Roten Kreuzes auf Abtransport ist nicht eingehalten worden. 25 Mann von den Kranken wurden f. v. geschrieben und in ein Fort geschafft, wo sie von den belgischen Gendarmen in schändlicher Weise ausgeplündert wurden. Die Leute waren

den erst am zweiten Tage verpflegt. Sie mußten auf dem Steinboden der ungeheizten Kassebetten schlafen. Gegen diese Behandlung, die im Widerspruch sowohl zu den Gesetzen des Völkerrechts, als auch zu den Waffenstillstandsvereinbarungen besteht, wurde in schärfster Weise Protest erhoben.

Aus Finland sind bisher 5 Dampfer mit deutschen Truppen abgefahren. Estland wird voraussichtlich bis zum 20. Dezember geräumt sein. Von den früher in der Türkei befindlichen deutschen Formationen sind bisher 19 Züge durch die Ukraine nach Deutschland gerollt. Dabei befinden sich die Militärmission, der Armeeflugpark und eine große Anzahl von Formationen der Marine. Weitere deutsche Kräfte sind in Haidar Pascha (gegenüber Konstantinopel) versammelt, um ihnen den beschwerlichen Weg durch die Ukraine zu ersparen, ist die Entente gebeten worden, den Rücktransport durchs Mittelmeer zu gestatten. Hieraus geht hervor, daß von der Obersten Heeresleitung alles geschieht, um die Rückbeförderung der noch auf den östlichen Kriegsschauplätzen befindlichen Truppenteile zu beschleunigen. Diese Nachrichten dürften daher für die Beruhigung der Angehörigen in der Heimat von erheblichem Wert sein.

Berlin, 17. Dez. Im Ober-Ostgebiet sind Wesenberg, Kolenhufen, Dünaburg-Stadt, Minsk und Stuzl geräumt. In der Ukraine Kämpfe zwischen republikanischen und Hetmantruppen. Unsere Truppen verhalten sich im allgemeinen neutral und greifen nur dort an, wo die eigenen Abtransporte gehindert werden. Von der Heeresgruppe Madenfen sind weitere Züge in Deutschland eingetroffen. Die Franzosen in Budapest verlangen, daß der Rest der Heeresgruppe interniert werde. In Visland ist Serro geräumt. Im Gebiet der 10. Armee sind wir bis westlich Stuzl-Minsk zurückgegangen. Weitere Formationen des Ostheeres sind in Deutschland eingetroffen. Teile der bisher in Odesa, in Taurien und im Gouvernement Scharlow stehenden Truppen sind in Litauen eingetroffen. Transportbewegungen der Heeresgruppe Madenfen. Die 11. Armee hat zum größten Teil Deutschland erreicht. Nur Reste befinden sich noch in der Gegend Swaolnok (östlich Budapest). Armee Scholz und Generalkommando 63 stehen mit Hauptkräften im Raume Prag-Klausenburg-Kronstadt.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 19. Dezember 1918.

### Jahrplanänderungen.

Ab Freitag den 20. Dezember treten auf der Calw- und Nagoldbahn nachstehende Fahrplanänderungen ein:

1. Es fallen aus: Pz. 896 Calw-Pforzheim, Calw ab 5.17 Uhr vorm., Pforzheim an 6.24 Uhr vorm.; Pz. 904 von Horb bis Nagold, Horb an 5.18 Uhr vorm., Nagold an 6.08 Uhr vorm. Er verkehrt daher ab Nagold Werktags, ab Calw 6.59 Uhr vorm. täglich. Pz. 907 von Pforzheim bis Calw Werktags, von Calw bis Eutingen täglich. Pz. 907 verkehrt daher nur noch auf der Strecke Pforzheim-Calw Sonn- und Feiertags, Pforzheim ab 10.42 Uhr vorm., Calw an 11.38 Uhr vorm. Pz. 929 Calw-Horb Werktags. Pz. 929 verkehrt daher von Pforzheim bis Horb nur noch Sonn- und

Feiertags, Pforzheim ab 6.13 Uhr nachm., Calw an 7.12 Uhr, ab 7.19 Uhr, Horb an 8.34 Uhr nachm. Pz. 930 Eutingen-Pforzheim Werktags. Pz. 930 verkehrt daher von Eutingen bis Pforzheim nur noch Sonn- und Feiertags, Eutingen ab 5.15 Uhr nachm., Calw an 6.11 Uhr, ab 6.16 Uhr, Pforzheim an 7.04 Uhr nachm. Pz. 957 Pforzheim-Wildbad. Pforzheim ab 6.50 Uhr vorm., Wildbad an 7.42 Uhr.

2. Es verkehren: Pz. 925 von Calw bis Horb Werktags in folgendem Fahrplan: Calw an 5.58 Uhr nachm., ab 6.08 Uhr, Bad Teinach ab 6.15 Uhr, Talmühle 6.20 Uhr, Wildberg 6.28 Uhr, Emmingen 6.37 Uhr, Nagold 6.48 Uhr, Ijelshausen 6.56 Uhr, Gündringen 7.05 Uhr, Hochdorf 7.14 Uhr, Eutingen 7.24 Uhr, Horb an 7.34 Uhr nachmittags. — Pz. 932 Eutingen-Pforzheim Werktags in folgendem Fahrplan: Eutingen ab 6.13 Uhr nachm., Hochdorf 6.24 Uhr, Gündringen 6.31, Ijelshausen 6.36, Nagold 6.45, Emmingen 6.51, Wildberg 6.57, Talmühle 7.03, Bad Teinach 7.08, Calw an 7.14, ab 7.20 nachm., Hirfau 7.26, Ernstmühl 7.30, Bad Liebenzell 7.36, Monbach-Neuhausen 7.42, Unterreichenbach 7.48, Grundbach-Salmb. 7.53, Dill-Weihenstein 8 Uhr, Dillstein 8.04, Brödingen 8.09, Pforzheim an 8.15 Uhr nachm. — Pz. 937 von Calw bis Nagold täglich. Calw an 9.39 Uhr nachm., ab 9.48 Uhr, Nagold an 10.25 Uhr nachm. — Pz. 961 Pforzheim-Wildbad Werktags in folgendem Fahrplan: Pforzheim ab 7.56 Uhr vorm., Brödingen 8.01 Uhr, Birkenfeld 8.06 Uhr, Engelsbrand 8.13, Neuenbürg 8.19, Neuenbürg-Stadt 8.22 Uhr, Rotenbach 8.28 Uhr, Eöfen 8.35, Calmbach 8.41, Wildbad an 8.48 Uhr vormittags.

### Die württ. Industrie zu unserer wirtschaftlichen Lage.

Im Stadtparksaale in Stuttgart tagte gestern eine aus allen Landestellen Württembergs und aus Hohenzollern ungemein stark besuchte Versammlung des Verbands württ. Industrieller unter der Leitung seines Vorsitzenden Dr. ing. Bosh. Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und die Aufgaben der württ. Industriellen in unseren Tagen behandelten kurze Referate von Syndikus Bayer, Geh. Komm.-Rat Wieland-Ulm und Geh. Hofrat Bruckmann-Heilbronn. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschliessung angenommen: Ueber 1000 Vertreter der Industrie Württembergs haben heute einmütig erklärt, daß Deutschlands wirtschaftliche Zukunft abhängt von raschster Schaffung reicher Arbeitsmöglichkeit durch Abschluß eines Friedens, der die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen und die Ausfuhr fertiger Waren der deutschen Volkswirtschaft sichert. Zur Erreichung dieses Ziels fordern die württ. Industriellen ihre vorläufige Landes- und Reichsregierung auf, mit starker Hand für innere Ordnung zu sorgen, alle aberwichtigen Experimente vom Wirtschaftsleben fern zu halten, die seine gesunde Weiterentwicklung vernichten müßten zum Schaden nicht nur der Millionen deutscher Arbeiter, sondern des ganzen deutschen Volkes; dagegen alles zu fördern, was diesen Millionen Deutscher den Frieden und damit Arbeit und Brot bringen kann. Die Versammlung fordert gleichzeitig die Industrie des Landes auf, in wahrhaft sozialem Geiste an der Weiterentwicklung im Innern unseres Vaterlandes mitzuarbeiten, um das Verhältnis zwischen Unternehmertum, Angestell-

ten und Arbeitern auf den Boden eines auf dem Grundsatze der Gleichberechtigung beruhenden Arbeitsrechtes zu stellen und durch gemeinsame Anspannung aller in der Industrie mitarbeitenden Kräfte unser schwer bedrohtes Vaterland vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten.

### Satzungen für die A., B. und S.-Räte.

Im Anschluß an die Verordnungen der Zentralregierung der deutschen Republik wurden von der Provisorischen Regierung im Verein mit dem Vollzugsausschuß des A. und S.-Rates für die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte innerhalb der Republik Württemberg nachfolgende Satzungen aufgestellt: Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bilden die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems. Verordnungen der provisorischen Regierung werden in wichtigen Fällen im Einverständnis mit dem Landesauschuß der Arbeiter- und Soldatenräte erlassen. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sind von den staatlichen und Gemeindebehörden bei den die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Maßnahmen neben den Vertretern der Gewerkschaften zur Mitarbeit heranzuziehen; sie kontrollieren die Durchführung der von der Regierung, den Gemeinden und ihren Behörden getroffenen Maßnahmen und Anordnungen. Die Vollzugsgewalt liegt ausschließlich in den Händen der Regierung. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vermeiden jeden Eingriff in die staatliche oder kommunale Verwaltungstätigkeit. Die Kosten der Landesversammlungen der Arbeiter- und Soldatenräte, sowie die Kosten des Landesauschusses trägt die Staatskasse. Die Kosten der örtlichen Arbeiter-, Soldaten- und Bauerräte sind von den Gemeinden, in denen die Räte ihren Sitz haben, zu tragen. Für die Kosten der Soldatenräte behalten sich Staat und Gemeinde Ersatz aus der Reichskasse vor.

Ulm, 13. Dez. Ein Kanzleibeamter der Kreisregierung ist als Schleichhändler entlarvt worden. Er hat sich als Mitarbeiter bei der Lebensmittelkartenausgabe, Brot-, Zucker- und Fettkarten zu verschaffen und außerdem sich in den Besitz großer Mengen von Lebens- und Gebrauchsmitteln zu setzen gewußt, und diese nach Köln abgesetzt. In seiner Wohnung wurde ein ganzes Lager vorgefunden. Da der Schleichhändler genau Buch führte, ließ sich ersehen, daß er ein Pfund Zucker um 3.60 Mk., Butter nicht unter 15 Mk. absetzte. Der Mann ist unverheiratet und vermöglich.

(Schw.) Sigmaringen, 18. Dez. Die künftl. hohenz. Hofkammer stellt die 3. Zt. ganz und teilweise leerstehenden, der Hofkammerverwaltung unterstellten fürstlichen Schlösser: Achberg, Hettlingen, Hohenfels, Straßberg, Haigerloch, Glatt, nebst den zugehörigen Baulichkeiten für die Unterbringung und Erholung verwundeter und kranker Kriegsteilnehmer und bei Wohnungsnot zur Verfügung, soweit diese nicht zu herrschaftlichen Zwecken in Anspruch genommen sind.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Selkmann, Calw. Druck und Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

## Bergebung von Straßenbauarbeiten.

Zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit und Verdienst für entlassene Rüstungsarbeiter und Heeresangehörige sind die nachstehenden Arbeiten auf Grund der im Gewerbeblatt von 1912 S. 113 bekannt gemachten „Bestimmungen über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen“ an einen Unternehmer zu vergeben:

A) Verbesserung der Staatsstraße Nr. 103, Calw bis Nagold, auf der Markung Calw, O. A. Calw, Erdarbeiten 1000 cbm, Böschungsschutz 100 qm, Vorlage 1160 qm, Schotter und Sand 65 cbm, Maurerarbeiten rund 90 cbm, Zementröhrendohlen 15, 25 und 30 cm weit, 112 m, Gehwegrandsteine 80 m, Pflasterarbeiten 260 qm,

B) Erstellung eines Inspektionsgerätehauses bei km 1,860 der Staatsstraße Nr. 103, Calw-Nagold, Erdarbeiten 480 cbm, Maurerarbeiten rund 30 cbm Beton, Vorlage 300 qm.

Die Verdingungsunterlagen liegen bei der Straßenbauinspektion Calw zur Einsichtnahme auf. Angebote sind unter Benützung der von der Inspektion erhältlichen Verdingungsauszüge, in welchen die Einzelpreise und die Gesamtforderung einzusetzen sind, unterschrieben und mit entsprechender Aufschrift versehen, spätestens am

**Samstag, den 4. Januar 1919, nachmittags 1 Uhr**

bei der Straßenbauinspektion einzureichen, wofolbst auf diesen Zeitpunkt die Eröffnung der Angebote stattfindet, der die Bewerber anwohnen können. Zuschlagsfrist 14 Tage.

Calw, den 18. Dezember 1918.

Straßenbauinspektion: J. B. Geiger.

### Kaufgesuch.

Guterhaltene  
**Akkord-Zither**

zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote sind zu richten an die Geschäftsstelle des Blattes.

Die

**repariert. Puppen**

können abgeholt werden.  
**Röhm-Dalcolmo.**

## Näh-Maschinen

erstklassiges Fabrikat,  
empfiehlt bei weitgehender Garantie sofort lieferbar.  
Jos. Rocheise, Maschinen-Handlung, Bittelbronn D.-A. Horb.

### Zu kaufen gesucht:

Gut erhaltene  
**Dezimalwaage**  
samt Gewichte, 100 bis 150 kg Tragfähigkeit.

### Zu verkaufen:

**Eiserne Treppe,**  
Länge 4,5 Meter, Breite 1,2 Meter, 18 Stufen.

**Ernst Wolff,**  
Süddeutsche Metallindustrie, Unterreichenbach.

## Bestellungen auf Christbäume

werden entgegengenommen.  
**G. Mager, Handelsgärtner**  
Stuttgarterstr. 420.

## alte Stuttgarterstraße

Es wird darüber geklagt, daß die vom Raminfegermeister Eisenhardt bis Johs. Dettinger, trotz der an beiden Enden angebrachten Verbottafeln, namentlich auch von Holz- und Steinfuhrwerken

### als Durchfahrtsstraße benützt wird.

Diese Straße darf nur für den Verkehr der anliegenden Grundstückeigentümer benützt werden. Jede andere Benützung müßte bestraft werden.

Calw, den 14. Dezember 1918.

Stadtschultheißenamt: A.-B. Göhner.

## Kunstfärberei Stuttgart

färbt und reinigt alles schön und gut

Annahmestelle: **W. Entenmann,** Lederstraße 91.

Meiner werten Rundschau von Stadt und Land zur Mitteilung, daß ich, vom Heeresdienst entlassen mein

## Geschäft wieder weiter betreibe.

Sch empfehle mich in sämtlichen in mein Fach einschlägigen Arbeiten und halte mich bestens empfohlen.

**C. F. Schühle jr., Schneider,** Vorstadt Nr. 252.

## Landwirtschaftlicher Bezirksverein Calw.

Die jährliche

### Hauptversammlung

findet nächsten Samstag, den 21. Dezember, Thomasfeiertag, nachmittags 2 Uhr in der Brauerei Dreiß in Calw statt.

Tagesordnung:

1. Wahl eines neuen Vereinsvorstands.
2. Kassen- und Rechenschaftsbericht für 1. April 1917/18.
3. Vortrag von Herrn Vermögens-Aktuar Staudenmeyer in Calw über „Unsere Volksernährung“.
4. Wahl eines Bezirks-Bauernrats.
5. Anträge aus der Versammlung.

Die Mitglieder und ihre Frauen werden zu möglichst zahlreichem Besuch freundlichst eingeladen.

Calw, den 18. Dezember 1918.

Der Vereinsvorstand: S. B. D.-Amtspfleger Fichter.

## Landwirtschaftlicher Bezirks-Verein Calw.

Die Herren Orts-Bauern-Räte

werden gebeten, sich behufs

Wahl eines Bezirks-Bauern-Rats

zu der am nächsten Samstag (Thomasfeiertag) in Calw stattfindenden Hauptversammlung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins einzufinden.

Calw, den 18. Dezember 1918.

Der Vereinsvorstand: S. B. Oberamtspfleger Fichter.

## Photographisches Atelier C. Fuchs, Calw

empfiehlt sich für

### Vergrößerungen

in bester Ausführung zu bekannt mässigen Preisen. — Telefon 87. Sämtliche Artikel und Arbeiten für Liebhaberphotographen.

## Bekanntmachung.

### Sämtlicher Haber,

der bis jetzt vom Wirtschaftskartenamt auf Bezugsscheine den Fuhrhaltern zugeteilt wurde,

kann am Samstag, den 21. Dezember, von 9—2 Uhr am Gütergruppen Abhangstett abgeholt werden.

Säcke und Sackbündel sind mitzubringen. Aufkaufskommissär Hubel.

Vom Felde zurückgekehrt

Dr. E. Maier, Pforzheim, Jahnstr. 40

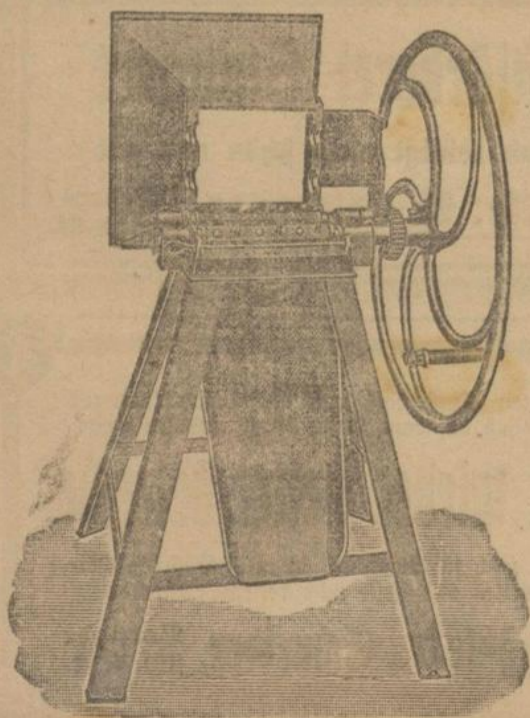
Facharzt für Hals-, Nas-, Ohrenleiden.  
Sprechstunden 9—1 Uhr und 3—5 Uhr.



## Geschäftshaus

in bester Lage der Stadt Calw zu kaufen gesucht.

Schriftliche Angebote vermittelt unter S. S. 5898 Rudolf Mosse, Stuttgart.



## Rüben = Mühlen

verschiedener Fabrikate



empfiehlt

Emil Retter, Weilderstadt.

Ein ordentliches, fleißiges

## Mädchen

zum baldigen Eintritt gesucht.

Ernst Gengenbach,  
zum Herzog Eberhard,  
Bad Liebenzell.

## Gambres Mädchen

aus ordentlicher Familie, welches auch nähen kann per Sonnar gesucht.  
Frau Obergeringieur Schmid,  
Liebenzell, Haus Lichte am See.

## Dienstboten gesuche

sind in unserem Blatte stets von Erfolg, da der grösste Teil der Auflage auf dem Lande Verbreitung findet. ---

Zuverlässigen, jüngeren

## Knecht

zu 2 Pferden sucht.

Johs. Thruer, Sögewerk,  
Station Teinach.

## Geschäftshaus

in guter Lage hier, zu verkaufen. Angebote unter M. 60 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Auf 1. April zu vermieten

## 3 und 4-Zimmer-Wohnung

Angebote unter M an die Geschäftsstelle ds. Bl.

## 2-Zimmerwohnung

mit Zubehör hat auf 1. April zu vermieten.

Fritz Morof.

## 2 schöne Zimmer,

davon das Schlafzimmer unmobliert sucht sofort zu mieten  
E. Koller,  
bei Sa. H. F. Baumann,  
med. Kräfzfabrik.

## Bettmöbelen

Alter und Geschlecht angeben. Musik. umsonst. Versandhaus Wohlfahrt, München o 152, Isabellastr. 12.

## Bank für Handel und Industrie

(Darmstädter Bank)

Niederlassung Pforzheim, Luisenstr. 56

Aktienkapital und Reserven: **192 Millionen Mark**

Niederlassungen an etwa 80 Plätzen Deutschlands.

Besorgung aller bankmässigen Geschäfte.

## Musik-Schule Calw.

Direktion: Otto Fromm, Kapellmeister, Badstrasse 163.

Vollständige Ausbildung bis zur künstlerischen Reife.

Unterrichtsfächer: Klavier, Violine, Ensemblespiel (Orchester), Theorie (Harmonielehre Kontrapunkt Musikgeschichte)

Gesangunterricht erteilt

Frau Maria Fromm,

frühere Opernsängerin am Stadt-Theater in Magdeburg.

Aufnahme neuer Schüler jederzeit

## Möbel-Ausverkauf

wegen Aufgabe Pforzheim Leopoldstrasse 14, 1 Treppe, (Café Esch) des in befindlichen Möbel-Einzel-Lagers. Beginn des Ausverkaufs Samstag, den 14. Dezember und die folgenden Tage solange Vorrat. Besonders große Auswahl in

Büffets, Credenzen, Vertikows, Stühle, Küchenschöcker, einige Schlafzimmer.

Für Wiederverkäufer Vorzugspreise.

J. Schwesenz.

## Geschäfts-Empfehlung.

Meiner werten Kundschaft von Stadt und Land zur Mitteilung, daß ich in unveränderter Weise mein

## Geschäft wieder weiter betreibe.

Gleichzeitig empfehle ich mich im

Einrahmen von Bildern, Brautkränzen usw.; mein Lager in Spiegeln

halte ich bestens empfohlen.

G. Gauß, Glaserei und Einrahmungs-Geschäft, Salzgasse 56.

Dietelsheim.

Sehe ein Paar starke erstklassige

Zugtiere

unter Garantie dem Verkauf aus.

Gehring, Waldmeister.

Unterreichenbach.

Unterzeichneter setzt eine 36 Wochen trüchtige, ältere Schaff-

Ruh

dem Verkauf aus.

Fr. Waisbacher,  
Eymiedmeister.

Heu u. Dehmd

sucht zu kaufen, gebe bei 2 jähr. Lieferung

den Dung

kostenlos ab. Schriftliche Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein schöner 3/4 Jahre alter

Dachshund

(Hündin) ist preiswert zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Kaufe wachsamem starken

Hund

mögl. Rottweiler Rübe, 1—2 jährig.

Angebote an die Geschäftsst. d. Bl.

1- oder 2-jähriger, gebrauchter

Kleiderschrank

zu kaufen gesucht.

Von wem, sagt die Geschäftsst. d. B.

Ein wenig getragener

schwarzer Samthut

ist preiswert zu verkaufen.

Schießberg 312.